

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 35 (2022)
Heft: [14]: Imposanter Stadtbaustein

Rubrik: Kontroverse Justiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Jacqueline Fehr ist seit 2015 Regierungsrätin und leitet die Direktion der Justiz und des Innern, zu der die Staatsanwaltschaft und der Justizvollzug, nicht aber die Polizei gehören.



Antigone Schobinger ist Rechtsanwältin und Fachanwältin Strafrecht. Sie ist Mitglied des Vorstandes der Demokratischen Juristinnen und Juristen Zürich und Co-Präsidentin des Vereins Pikett Administrativhaft.

Vertrauen in das Gewaltmonopol des Staates

Jacqueline Fehr, Regierungsrätin und Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern, und Antigone Schobinger, Rechtsanwältin und Vorstandsmitglied der Demokratischen Juristinnen und Juristen Zürich, diskutieren über das neue Polizei- und Justizzentrum PJZ.

Die örtliche Zusammenlegung von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden im PJZ hat zum Ziel, die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern und somit letztlich auch die Sicherheit aller Einwohnerinnen und Einwohner zu stärken. Vermittelt das Gebäude ein gestärktes Sicherheitsgefühl?

Jacqueline Fehr: Der Staat hat das Gewaltmonopol und ist für die Sicherheit zuständig. Dafür setzt er viele Ressourcen ein. Denn Sicherheit gibt es nicht einfach so, sie wird «hergestellt». Das neue PJZ ist imposant und löst einen Wow-Effekt aus. Die Grösse des Gebäudes zeigt, wie viele Menschen es braucht, damit wir uns im Kanton so sicher fühlen. Mir gefällt es, dass diese Menschen nicht irgendwo an der Peripherie tätig sind, sondern an einem zentralen Standort, also mitten in der Gesellschaft. Schliesslich ist Sicherheit ein Thema, das uns alle betrifft, und zwar ganz elementar. Das Gebäude ist unbestritten wichtig. Mir fallen aber zuerst die hohen Metalldisteln auf. Dieses Kunstwerk finde ich sehr gelungen.

Für die Blüte der Disteln hat die Künstlerin Ursula Palla zurückgegebene Waffen eingeschmolzen.

Jacqueline Fehr: Die Polizei ruft regelmässig dazu auf, Waffen freiwillig zurückzugeben. So bringt die Blüte zum Ausdruck, dass Menschen dem Gewaltmonopol des Staates vertrauen, indem sie eine Waffe zurückgeben.

Als Rechtsanwältin und Strafverteidigerin waren Sie mit Klientinnen und Klienten bereits einige Male im PJZ. Was vermittelt Ihnen dieses imposante Gebäude?

Antigone Schobinger: Die Architektur ist monumental. Das Gebäude vermittelt mir jedenfalls kein Sicherheitsgefühl. Es ist ganz einfach eine enorme Machtdemonstration, und es ist klar, wer hier das Sagen hat. Auch die Beschriftung am Gebäude irritiert mich. Die Begriffe Polizei und Justiz gleichzeitig zu lesen, symbolisiert: Hier gibt es keine Gewaltentrennung, weil Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und auch das Zwangsmassnahmengericht unter einem Dach vereint sind.

Jacqueline Fehr: Wenn wir in unserem Verwaltungsrecht von Justiz sprechen, meinen wir nicht die Gerichte, also nicht die dritte Gewalt. Sie ist – mit Ausnahme des Zwangsmassnahmengerichts – nicht in diesem Gebäude. Die Gewaltenteilung ist in unserem Kanton nach wie vor gewahrt.

Werfen wir einen Blick ins Innere. Sämtliche Mitarbeitenden gelangen mit einem Badge ins Haus, alle anderen passieren die Loge mit einem QR-Code und gehen dann durch eine Sicherheits-schleuse, wie im Flughafen. Als Besucherin hat mich das beeindruckt.

Antigone Schobinger: Ich finde es höchst merkwürdig, dass ich als Anwältin, die einen ganz gewöhnlichen Klienten zur Einvernahme begleitet, kontrolliert werde, wie wenn ich ins Flugzeug steige oder ein Gefängnis besuche. Es hat etwas Entwürdigendes, erst recht, wenn es wegen einem Bügel-BH oder wegen des Metalls in den Schuhabsätzen piepst und eine noch genauere Kontrolle nötig ist. Es leuchtet mir auch nicht ein, warum Staatsanwältinnen, die ihren Arbeitsplatz nicht im PJZ haben, im Unterschied zu uns Strafverteidigerinnen ohne diese Kontrolle ins Gebäude

gelangen. Eigenartig ist der Zutritt per QR-Code. Man fühlt sich nicht als Subjekt, eher als Objekt – quasi als Joghurt, das an der Kasse gescannt wird.

Jacqueline Fehr: Die Mitarbeitenden in der Loge müssen täglich hunderten Personen Einlass ins PJZ gewähren. Dabei müssen sie gewährleisten, dass keine gefährlichen Gegenstände oder Personen mit schlechten Absichten ins Haus kommen. Dazu brauchen sie technische Unterstützung. Es finden Gespräche statt, wie sich für Anwält*innen und Dolmetscherinnen der Zutritt zum PJZ allenfalls vereinfachen liesse, zum Beispiel mit speziellen Akkreditierungen. Aber eine Asymmetrie zwischen externen und internen Personen ist logisch und wird bleiben. Im Unterschied zu den vereidigten Polizisten oder einem in der Verwaltung angestellten Staatsanwalt führen wir bei den Anwältinnen keine Personaldossiers oder Kontextabklärungen. Die Praxis wird uns hier aber praktikable Lösungen zeigen.

Antigone Schobinger: Gab es denn schon Vorfälle mit Anwält*innen, die irgendeine Form der Sicherheitsprüfung rechtfertigen?

Jacqueline Fehr: An den alten Orten der Staatsanwaltschaften waren die Mitarbeitenden sehr schlecht geschützt. Wir hatten einfach alle Glück, dass es nie zu einem schweren Vorfall kam. Viele Vorgesetzte hatten kein gutes Gefühl. Und ja: Es gab Vorfälle – auch mit Anwält*innen.

Antigone Schobinger: Mich stören zudem die klinisch weissen Räume, in denen die Befragungen stattfinden. Hier gibt es keine Kunst, geschweige denn persönliche Gegenstände wie Fotos oder Abzeichen, die es in den alten Büros der Kantonspolizisten oder Staatsanwälte gab. Wir spüren nicht, mit wem wir es zu tun haben. Ich bin nicht sicher, ob wir eine Justiz haben wollen, die so steril funktioniert.

Geht es da nicht einfach um eine Frage des Geschmacks? Familien- oder Tierfotos an der Wand oder Kinderzeichnungen – das kann doch auch peinlich und zu persönlich wirken.

Antigone Schobinger: Aus der Aussagepsychologie ist bekannt, dass das Erinnerungsvermögen in Stresssituationen sinkt. Das gilt für die Beschuldigten, Zeugen und Geschädigten gleichermaßen. Das heisst: Alle werden bei der Befragung nicht unbedingt präzise Aussagen machen können. Erkenntnisse zeigen, dass man in einer angenehmen Atmosphäre weiterkommt. Es kann für die Befragung also durchaus hilfreich sein, wenn sich Gemeinsamkeiten aufzeigen, indem man zum Beispiel über ein Hundefoto, das an der Wand hängt, redet. Die Atmosphäre und der persönliche Touch in einem Büro sind letztlich im Interesse beider Seiten.

Jacqueline Fehr: Ich kann das nachvollziehen. Mich befremdet diese sterile Umgebung auch. Aber das Gebäude ist frisch bezogen und alle müssen nun gemeinsam klären, was verbessert werden kann. Unbestritten ist auch, dass wir bereits heute – gerade mit Blick auf die Aussagepsychologie – auf andere Dinge achten würden, als wir dies vor zwanzig Jahren bei der Planung taten.

Das erstaunt mich. Die Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft wissen doch auch, in welcher Atmosphäre gute Befragungen zustande kommen.

Antigone Schobinger: Wir – das heisst Pikett Strafverteidigung, der Anwaltsverband Zürich und die Demokratischen Juristinnen und Juristen Zürich – wurden nicht einbezogen. Sonst wäre es vermutlich auch nicht dazu gekommen, dass wir als Anwältinnen uns mit den Klienten in einer Abzandszelle besprechen müssen. In dieser Zelle gibt es eine Metallbank und ein WC, sodass man während der Besprechung entweder steht oder wahlweise auf der Bank oder dem WC sitzt. Hier ein Vertrauen aufzubauen, ist schwierig.

Jacqueline Fehr: Sämtliche Nutzerinnen und Nutzer waren in die Projektleitung einbezogen, ausser die Anwält*innen. Das ist rückblickend falsch. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass die Komplexität, ein solches Gebäude zu erstellen und in Betrieb zu nehmen, enorm ist. Davor habe ich hohen Respekt. Grosse Gebäude wirken zudem meist anonym. Aber ich kann gut nachempfinden, dass die Grösse und die unpersönliche Atmosphäre zusätzlich einschüchternd wirken können. Solche Beobachtungen sind wichtig. Auch von den Staatsanwälten höre ich den Wunsch nach mehr Persönlichem. Denn auch sie brauchen ein Umfeld, in dem sie Vertrauen aufbauen können, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen.

Antigone Schobinger: Und noch etwas: Viele Einvernahmezimmer sind fensterlos. Das ist nicht menschlich.

Jacqueline Fehr: Das ist für alle eine Belastung, auch für die Staatsanwältinnen. Aber: Auch in Spitälern werden stundenlange Operationen in Räumen ohne Fenster gemacht und viele Hörsäle an den Universitäten sind fensterlos. Das sind Arbeitsrealitäten. Aber Sie haben recht: Es gibt in diesem Haus nebst den vielen Vorteilen auch Schwachpunkte. Diese wollen wir anpacken. Denn das gemeinsame Ziel in der Strafjustiz ist die Wahrheitssuche. Das neue Gebäude bringt aber selbstverständlich auch Vorteile: Wir haben durchaus auch Rückmeldungen, die die Räume als geräumig und grosszügig beschreiben. Die Wohnzellen sind vergleichsweise gross, haben grosse Fenster und keine Gitter, die Wege zu den Einvernahmen sind kurz und das meiste sind Einzelzellen.

Die Architekten haben davon gesprochen, dass das Gebäude eine robuste Struktur hat, im Innern sich den Nutzern anpassen kann. Ich möchte noch auf das Thema Unabhängigkeit kommen. Ist die gewährleistet, wenn Kantonspolizei, Staatsanwältinnen und Richter des Zwangsmassnahmengerichts sich in derselben Kantine treffen?

Antigone Schobinger: Als Strafverteidigerin habe ich zur schönen Kantine keinen Zugang. Das gibt den Eindruck der Zweiklassengesellschaft und schürt bei Klienten den Verdacht, dass da alle unter einer Decke stecken und gemischtelt wird. Das ist eine schlechte Wirkung. Ich kann mir gut vorstellen, dass es für Richterinnen des Zwangsmassnahmengerichts schwieriger wird, die Haftanträge der Staatsanwälte abzulehnen, wenn sie ihnen regelmässig in der Kantine begegnen.

Jacqueline Fehr: Das sind unbegründete Annahmen und Unterstellungen. Dem halte ich entgegen, dass unsere Mitarbeitenden sehr professionell arbeiten und sich der Gefahr, Unabhängigkeit einzubüssen, sehr wohl bewusst sind.

Antigone Schobinger: Ich bin einverstanden: Die Professionalität ist gross. Ich glaube auch nicht, dass die Justiz in irgendeiner Weise korrupt ist. Aber auf mich als Strafverteidigerin, die mit einer betroffenen Person von aussen kommt, erweckt diese Zusammenlegung unter einem Dach ein ungutes Gefühl. Ich bin besorgt, wie die örtliche Nähe die Unabhängigkeit verändert.

Jacqueline Fehr: Der Rechtsfrieden hängt auch davon ab, dass Verurteilte das Urteil am Schluss akzeptieren und sich der Strafe stellen. Das Thema Unabhängigkeit spielt dabei eine Rolle. Hier kann sich durch die örtliche Nähe tatsächlich Skepsis einschleichen. Es braucht deshalb eine Führung, die jederzeit erklären kann, wie die Unabhängigkeit gewahrt wird. Und es braucht den kritischen Blick der Öffentlichkeit und der Anwältinnen und Anwält*innen. So wie Sicherheit hergestellt werden muss, muss auch Unabhängigkeit geschaffen werden, und zwar so, dass sie glaubwürdig ist. ●